

# Terrorismus – Begriffe, Theorien und Gegenstrategien. Ergebnisse und Probleme sozialwissenschaftlicher Forschung<sup>1</sup>

Christopher Daase, Brüssel

## 1. Einleitung: Sozialwissenschaft und Terrorismus

Kaum ein Begriff in der Politik ist so sehr umstritten wie der Begriff des "Terrorismus". Und über kaum ein Phänomen der Politik gibt es so wenig gesicherte Erkenntnisse. Der Grund dafür liegt nicht allein in der "Natur der Sache", also in der Vielgestaltigkeit des Terrorismus, seiner Wandelbarkeit und den Geheimnissen, die ihn umgeben. Auch die "Struktur der Forschung" trägt dazu bei, dass über Begriffe und Erklärungen des Terrorismus kein Einverständnis hergestellt werden kann. Denn wie kaum ein anderer Zweig der Sozialwissenschaften steht die Terrorismusforschung im Zentrum politischer und ethischer Kontroversen, die eine kumulative Forschung behindern.

Schon im Begriff des "Terrorismus" schwingt eine moralische Verurteilung mit. Mit der Bezeichnung einer politischen Handlung als "Terrorismus" wird diese Tat nicht nur rechtlich als illegal, sondern auch politisch als illegitim dargestellt. Als "Terroristen" bezeichnete Akteure werden nicht nur als Kriminelle stigmatisiert, sondern auch die Berechtigung ihrer politischen Anliegen wird bestritten. So versuchen Regierungen, mit dem Begriff des "Terrorismus" den bewaffneten Kampf politischer Oppositionsgruppen zu delegitimieren, und Widerstandsgruppen versuchen, den Staaten eine "Terrorstrategie" nachzuweisen, um ihren Freiheitskampf zu rechtfertigen. In der politischen Debatte wird deshalb leicht, wie Ronald Reagan einst mit Blick auf die nicaraguanischen *Contras* feststellte, "der Terrorist des Einen zum Freiheitskämpfer des Anderen".

In einer solchen Situation hat die Wissenschaft die Aufgabe, für begriffliche Klarheit zu sorgen und einen rationalen Diskurs zu ermöglichen.<sup>2</sup> Doch die Terrorismusforschung ist selbst Teil der Debatte, politischer und wissenschaftlicher Diskurs lassen sich nicht von einander trennen: Von Anfang an

<sup>1</sup> Für Literaturhinweise und -beschaffung danke ich Olivier Minkwitz, für die kritische Lektüre früherer Fassungen Susanne Feske. Alle englischen Zitate sind, sofern nicht anders vermerkt, von mir übersetzt.

<sup>2</sup> Vgl. Norbert Elias, *Engagement und Distanzierung*, Frankfurt am Main 1987.

waren es nicht nur akademische Institutionen im engeren Sinne, die sich mit der Erforschung des Terrorismus beschäftigten. Auch halböffentliche und private Institutionen, Nachrichtendienste und Massenmedien, Publizisten und Journalisten haben sich maßgeblich an der Diskussion beteiligt. Von daher kann nicht von einer *epistemic community* gesprochen werden, einer wissenschaftlichen Gemeinschaft derjenigen, die sich mit dem Phänomen des Terrorismus befassen und in deren Kreis sich Konzeptualisierungen und kausale Überzeugungen *nach wissenschaftlichen Standards* durchsetzen.<sup>3</sup> Eher handelt es sich um ein *invisible college*<sup>4</sup>, ein informelles Netzwerk einflussreicher Institutionen und Persönlichkeiten, die den Terrorismusdiskurs *politisch* prägen.<sup>5</sup>

Ziel des folgenden Versuches, die Ergebnisse und Probleme der sozialwissenschaftlichen Terrorismusforschung zu diskutieren, ist nicht eine umfassende Gesamtdarstellung, sondern eine Analyse der wichtigsten Debatten und Kontroversen, ihre Leistungen und Beschränkungen gleichermaßen deutlich und Ansatzpunkte für die weitere Forschung erkennbar zu machen.

Die Entwicklung dieses relativ junges Spezialgebiet sozialwissenschaftlicher Forschung<sup>6</sup> kann man in bestimmte Phasen gliedern, die sich anhand des Publikationsvolumen einerseits und zentraler Debatten andererseits verdeutlichen lassen.<sup>7</sup> In allen Phasen wurden jedoch immer drei zentrale Probleme behandelt, nämlich (a) was man unter "Terrorismus" überhaupt versteht, (b) worin seine Ursachen zu sehen sind und (c) welche Gegenmaßnahmen zu ergreifen sind. Im Folgenden soll anhand dieser drei Fragen kein historisches, sondern ein problemorientiertes Bild der sozialwissenschaftlichen Terrorismusforschung entworfen werden.<sup>8</sup>

<sup>3</sup> Vgl. Peter Haas, *Epistemic Communities and International Policy Coordination*, in: *International Organization*, 46 (1992) 1, S. 1-35.

<sup>4</sup> Vgl. Diana Crane, *Invisible Colleges: Diffusion of Knowledge in Scientific Communities*, Chicago 1972.

<sup>5</sup> Vgl. Edna O.F. Reid, *Terrorism Research and the Diffusion of Ideas*, in: *Knowledge and Policy*, 6 (1993) 1, 17-38. Noch kritischer sehen Edward Herman und Gerry O'Sullivan sowie Noam Chomsky die Terrorismusforschung als eine Art Verschwörung staatsnaher Experten, Politiker und Medienvertreter. Vgl. Edward S. Herman / Gerry O'Sullivan, *The 'Terrorism' Industry*, New York 1989; Noam Chomsky, *The Culture of Terrorism*, London 1988.

<sup>6</sup> Vgl. z.B. Edward F. Mickolus, *Literature of Terrorism: A Selectively Annotated Bibliography*, Greenwood 1980; ders., *Terrorism, 1980-1987: A Selectively Annotated Bibliography*, Greenwood 1987; Alex P. Schmid, *Political Terrorism: A Research Guide to Concepts, Theories, Data Bases and Literature*, Amsterdam 1983; Amos Lakos, *International Terrorism: A Bibliography*, Boulder 1986;

<sup>7</sup> Vgl. Edna O.F. Reid (Fn. 5).

<sup>8</sup> Vgl. Paul Wilkinson, *Terrorism: An International Research Agenda?*, in: *Con-*

## 2. Begriffe des Terrorismus

Ein Großteil der sozialwissenschaftlichen Terrorismusforschung hat sich in den letzten vierzig Jahren auf die Arbeit am Begriff konzentriert. Diese Anstrengung hat jedoch nicht dazu geführt, dass wir heute von einem verbindlichen Konzept des Terrorismus sprechen könnten. Im Gegenteil: Es entstehen immer mehr und immer neue Definitionen. Alex Schmid listete in den achtziger Jahren 109 Definitionen des Terrorismus auf, um auf ihrer Grundlage einen allgemeingültigen Begriff zu synthetisieren.<sup>9</sup> Doch hatte dieser Versuch nur zur Folge, dass sich viele Terrorismusforscher von dieser Definition distanzieren und mit ihren Gegenvorschlägen die Zahl der Definitionen weiter erhöhten.<sup>10</sup> Es scheint, als würde die forcierte Begriffsdiskussion über den Terrorismus nicht zu einer Klärung des Begriffs, sondern zu weiterer Verwirrung führen.

Dies ist deswegen nicht verwunderlich, weil "Terrorismus" zu den "grundsätzlich umstrittenen Begriffen" der politischen Sprache gezählt werden muss, d.h. zu denjenigen Begriffen, über deren Bedeutung nicht einfach durch konzeptionelle Präzision Klarheit erlangt werden kann, weil sie aus *politischen* Gründen umstritten sind.<sup>11</sup> Deshalb haben namhafte Terrorismusforscher wie Walter Laqueur lakonisch festgestellt, dass "eine allgemeine Definition des Terrorismus nicht existiert und in der nahen Zukunft auch nicht gefunden werden wird. Zu behaupten, dass Terrorismus ohne solch eine Definition nicht untersucht werden kann, ist offensichtlich absurd."<sup>12</sup>

Dennoch kommt auch Laqueur nicht ohne eine – zumindest implizite – Definition dessen aus, was er untersuchen will. So bezeichnet er in einem späteren Buch Terrorismus als "illegitimen Gebrauch von Gewalt, um politische Ziele durch Angriffe auf unschuldige Menschen zu erreichen."<sup>13</sup> Und in seiner jüngsten Veröffentlichung heißt es: "Der Terrorismus ist auf vielerlei Art definiert worden, aber mit Gewissheit lässt er sich nur als Anwendung von Gewalt durch eine Gruppe bezeichnen, die zu politischen oder religiösen Zwecken gewöhnlich gegen eine Regierung, zuweilen auch gegen

temporary Research on Terrorism, hg. von Paul Wilkinson / A.M. Steward, Aberdeen 1987, S. XI-XX.

<sup>9</sup> Vgl. Alex P. Schmid (Fn. 6), S. 70-111.

<sup>10</sup> Vgl. Alex P. Schmid / Albert J. Jongman, Political Terrorism. A New Guide to Actors, Authors, Concepts, Data Bases, Theories and Literature, Amsterdam 1988, S. 1-38.

<sup>11</sup> Vgl. William B. Gallie, Essentially Contested Concepts, in: Proceedings of the Aristotelian Society, 56 (1955/56), S. 167-198; William E. Connolly, The Terms of Political Discourse, Princeton 1983.

<sup>12</sup> Walter Laqueur, Terrorism, London 1977, S. 5.

<sup>13</sup> Walter Laqueur, The Age of Terrorism, Boston 1987, S. 72.

andere ethnische Gruppen, Klassen, Religionen oder politische Bewegungen vorgeht.”<sup>14</sup> Dann fährt er fort: “Jeder Versuch, sich spezifischer zu äußern, ist einfach deshalb zum Scheitern verurteilt, weil es nicht einen, sondern viele verschiedene Terrorismen gibt. Andererseits ist es falsch – oder wenigstens nicht sehr hilfreich –, jede Form von Gewalt mit Terrorismus gleichzusetzen.”

So sympathisch Laqueurs Pragmatismus zunächst erscheinen mag, so problematisch sind seine eigenen Vorentscheidungen, die er – offenbar unreflektiert – mit seiner Definition vornimmt. Darüber hinaus irritiert die Selbstgewissheit, mit der Laqueur “falsche” oder zumindest “nicht hilfreiche” Definitionen des Terrorismus ohne klare Kriterien kritisieren zu können glaubt. Seine eigene Definition lässt so viel Raum, dass es jedem selbst überlassen bleibt, was als Terrorismus bezeichnet werden soll; damit ist der Beliebigkeit ebenso Tür und Tor geöffnet wie dem politischen Missbrauch des Terrorismusbegriffs. Dass auf dieser Grundlage weder systematische Datenerhebungen noch kumulative Theoriebildung möglich ist, liegt auf der Hand.

Freilich ist die Alternative, die Alex Schmid vorschlägt, nämlich nach dem “harten begrifflichen Kern des Terrorismus [zu suchen], der ihn von gewöhnlicher Gewalt unterscheidet”<sup>15</sup>, auch nicht unproblematisch. Sie geht von der Vorstellung aus, dass sich die Realität in diskreten, sauber von einander trennbaren Begriffen darstellen lasse und dass die Anhäufung von Definitionsmerkmalen zu einem umfassenden Terrorismusbegriff führen könne. Allerdings zeigt das Ergebnis dieses Unterfangens, dass auf diesem Wege weder eine klare, noch eine unumstrittene Definition des Terrorismus zu erzielen ist. In der bereits überarbeiteten und gekürzten Fassung von 1988 lautet sie: “Terrorismus ist eine Furcht erzeugende Methode wiederholten Gewaltverhaltens, ausgeführt von (halb-)geheimen individuellen, Gruppen- oder Staats-Akteuren, aus idiosynkratischen, kriminellen, oder politischen Gründen, wobei – im Gegensatz zum Attentat – die direkten Ziele der Gewalt nicht die hauptsächlichen Ziele sind. Die unmittelbaren menschlichen Opfer der Gewalt werden im allgemeinen zufällig (Gelegenheits-Ziele) oder absichtlich aus einer Zielmenge ausgewählt (repräsentative oder symbolische Ziele) und dienen als Erzeuger einer Nachricht. Auf Drohung und Gewalt basierende Kommunikationsprozesse zwischen Terroristen (Organisationen), (gefährdeten) Opfern und den hauptsächlichen Zielen werden genutzt, um die hauptsächlichen Ziele (das Publikum) zu manipulieren, wodurch dieses zu einem Ziel des Terrors, einem Ziel für Forderungen oder

<sup>14</sup> Walter Laqueur, *Dawn of Armageddon*, New York 1998 (dt. *Die globale Bedrohung*, Berlin 1998, S. 44).

<sup>15</sup> Alex P. Schmid / Albert J. Jongman (Fn. 10), S. 20.

einem Ziel für Aufmerksamkeit gemacht wird, je nach dem, ob in erster Linie Einschüchterung, Zwang oder Propaganda angestrebt wird.”<sup>16</sup>

Beim Lesen dieser Definition wird man zunächst geneigt sein, der Laqueur’schen Auffassung zuzustimmen, dass die Jahrzehnte der Begriffsdebatte vergebliche Liebesmühe waren und keinen wesentlichen Fortschritt gebracht haben. Denn in der Tat ist diese Definition nicht nur sperrig und schwierig zu operationalisieren, sondern sie fordert Widerspruch zu den Einzelmerkmalen geradezu heraus.<sup>17</sup>

Das Grundproblem dieser Definition liegt allerdings woanders. Es besteht in der Vorstellung, dass dem Phänomen “Terrorismus” in allen seinen Ausprägungen eine *wesentliche* Eigenschaft eigen sei, und dass sich diese Eigenschaft mit einem Definitionsmerkmal oder einer Kombination verschiedener solcher Merkmale begrifflich erfassen lasse. Das entspricht zwar traditioneller Begriffslogik und den Forderungen positivistischer Begriffskonstruktion,<sup>18</sup> doch es führt genau zu den Abgrenzungsproblemen, die im Zentrum der Terrorismusdiskussion stehen: Ist nur die Gewalt von substaatlichen Gruppen Terrorismus oder auch der Terror staatlicher Organisationen? Ist Terrorismus eine Form des Krieges oder ein Phänomen *sui generis*? Ist Terrorismus materielle oder in erster Linie symbolische Gewalt?

Man muss der Begriffsbildung von Alex Schmid zugute halten, dass sie diese Fragen explizit thematisiert. Wie problematisch das Ergebnis seiner Begriffssynthese auch ist, es ist allemal der impliziten Definition Laqueurs vorzuziehen. Denn dort werden die *politischen* Probleme der Begriffsbildung heruntergespielt und autoritativ entschieden: Terrorismus *ist* Gewalt einer nicht-staatlichen Gruppe, und die Form dieser Gewalt *ist* illegitim. Dass beide Definitionsmerkmale nicht unumstritten sind, soll im folgenden gezeigt werden.

#### Terrorismus: Gewalt von unten oder von oben?

Eine der grundsätzlichen und dauerhaftesten Kontroversen um den Terrorismusbegriff betrifft die Frage, ob er in erster Linie im Sinne staatlicher Repression oder substaatlicher Revolution verstanden werden sollte. Dass es hier um eine Grundsatzentscheidung geht, ist offensichtlich, denn in beiden

<sup>16</sup> Ebd., S. 28.

<sup>17</sup> Vgl. Thomas J. Badey, Defining International Terrorism: A Pragmatic Approach, in: Terrorism and Political Violence, 10 (1998) 1, 90-107.

<sup>18</sup> Vgl. z.B. Carl G. Hempel, Grundzüge der Begriffsbildung in der empirischen Wissenschaft, Düsseldorf 1974; Giovanni Sartori, Guidelines for Concept Analysis, in: Social Science Concepts. A Systematic Analysis, hg. von Giovanni Sartori, Beverly Hills 1984, S. 15-85.

Fällen werden nicht nur ganz unterschiedliche Phänomene als “Terrorismus” bezeichnet, sondern – zumindest implizit – auch unterschiedliche Ursachen politischer Gewalt angesprochen.

Begriffsgeschichtlich haben diejenigen, die für die Definition des Terrorismus als Gewaltherrschaft des Staates eintreten, gute Argumente. Denn “‘Terror’ meinte in der Französischen Revolution Formen unmittelbarer Gewaltanwendung unter dem Schutz und im Interesse des Staates.”<sup>19</sup> In diesem Sinne tritt Edward Herman dafür ein, unter Terrorismus in erster Linie staatliche Repression zu verstehen. Insbesondere an den korrupten Regimen Lateinamerikas lasse sich zeigen, dass die Schreckensherrschaft von Staaten mehr Opfer fordere und größeres Unheil anrichte als alle anderen politischen Gewalttaten.<sup>20</sup> Auch Michael Stohl bekräftigt, dass es vor allem Staaten seien, die mit Hilfe ihrer Gewaltapparate – einschließlich paramilitärischer Terrorgruppen und Todesschwadronen – die Zivilbevölkerung terrorisieren, um ihre Herrschaftsposition zu festigen.<sup>21</sup>

Was hinter diesen Terrorismusbegriffen steht, ist eine implizite Theorie, welche die Ursachen aktueller substaatlicher Gewalt im “ursprünglichen Terrorismus” (*primary terrorism*) staatlicher Gewaltapparate sieht.<sup>22</sup> Demnach haben die westlichen Großmächte nach dem Zerfall der Kolonialreiche und dem Aufstieg nationaler Befreiungsbewegungen neokoloniale Systeme errichtet, um ihre Privilegien zu sichern. Um diese Regime zu stützen, wurden – beispielsweise in Indochina und im Iran, in Guatemala, Brasilien und der Dominikanischen Republik, in Indonesien, Chile, den Philippinen, El Salvador und Argentinien – Terrormaßnahmen nicht nur geduldet, sondern selber inszeniert. Herman und O’Sullivan sprechen deshalb deutlich von “US-unterstütztem Staatsterrorismus”, der als Gegenreaktion “Terrorismus von unten” provoziere.<sup>23</sup>

Es ist sicher nicht zu bezweifeln, dass staatliche Gewaltherrschaft zu vielen Opfern und maßlosem Leid geführt hat. Auch ist sicher unbestreitbar, dass Gewalt Gegengewalt hervorruft. Man kann jedoch bezweifeln, ob es sinnvoll ist, diese “Gewalt von oben” “Terrorismus” zu nennen. Peter Waldmann beharrt zum Beispiel darauf, dass “Terrorismus [...] eine bestimmte

<sup>19</sup> Rudolf Walther, Terror, Terrorismus, in: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, hg. von Otto Brunner / Werner Conze / Reinhard Kosselleck, Stuttgart 1996, S. 323-444, S. 323.

<sup>20</sup> Vgl. Edward S. Herman, *The Real Terror Network: Terrorism in Fact and Propaganda*, Boston 1982.

<sup>21</sup> Vgl. Michael Stohl, *The Politics of Terrorism*, New York 1988, S. 20-28.

<sup>22</sup> Vgl. Edward S. Herman / Gerry O’Sullivan, *The ‘Terrorism’ Industry*, New York 1989, S. 13-51.

<sup>23</sup> Ebd., S. 18f.

Form des Angriffs *gegen den Staat*“ ist.<sup>24</sup> Auch für diese Position lässt sich ein begriffsgeschichtliches Argument anführen, nämlich der allgemeine Sprachgebrauch, der heute unter “Terrorismus” ganz überwiegend “Gewalt von unten” subsumiert und insofern eine Umkehr der ursprünglichen Bedeutung aus der französischen Revolution signalisiert.<sup>25</sup> Doch im Allgemeinen wird eher pragmatisch argumentiert. Walter Laqueur etwa konzediert zwar, dass staatliche Repression mehr Opfer gefordert haben mag als substaatliche Gewalt, hält jedoch staatliche Gewaltherrschaft für ein langfristiges Problem, das vom Phänomen des modernen Terrorismus unabhängig ist. Im Übrigen trage der Begriff des “Staatsterrorismus” nichts zum Verständnis des Gesamtphänomens bei.<sup>26</sup>

Auch hinter dem Verständnis des Terrorismus als substaatlicher Gewalt steht eine implizite Theorie seiner Entstehung. Grant Wardlaw erklärt die Entwicklung des Terrorismus aus dem antikolonialen Freiheitskampf, der im Laufe der Zeit von anderen Gruppen übernommen und auf andere Konflikte und andere Regionen übertragen wurde.<sup>27</sup> Bei dieser Darstellung liegt die Betonung nicht länger auf der Reaktion gegen eine Zwangsherrschaft, sondern auf der Erfindung unkonventioneller Kampfmethoden und ihrer Verselbständigung im Terrorismus, der schließlich dem “liberalen Staat”<sup>28</sup> und dem ganzen internationalen System<sup>29</sup> als Gefahr gegenübertritt.

So konträr die hier beschriebenen Positionen erscheinen mögen, so leicht ließen sie sich – begrifflich – verbinden. Denn offenbar spricht vieles dafür, eine klare Linie zwischen Terrorismus durch Staaten und Terrorismus durch politische Gruppen zu ziehen, die nicht im Namen anerkannter staatlicher Regierungen handeln.<sup>30</sup> In der Tat unterscheiden sich zum Beispiel Struktur und Operationsbedingungen staatlicher Terrorgruppen und halblegaler sogenannter Antiterrorereinheiten (wie etwa der Grauen Wölfe in der Türkei, der GAL in Spanien oder der Einheit 101 in Israel) grundsätzlich von den Strukturen und Strategien substaatlicher Terrororganisationen (wie etwa der RAF, ETA oder der PKK). Gerade wenn man an der Beziehung beider Gewaltformen zueinander interessiert ist – und das ist eines der großen Desiderate der Forschung – ist eine begriffliche Unterscheidung notwendig. Was

<sup>24</sup> Peter Waldmann, *Terrorismus. Provokation der Macht*, München 1998, S. 15.

<sup>25</sup> Vgl. Rudolf Walther (Fn. 19), S. 431-443.

<sup>26</sup> Vgl. Walter Laqueur (Fn. 13), S. 6.

<sup>27</sup> Vgl. Grant Wardlaw, *Political Terrorism: Theory, Tactics, and Counter-Measures*, London 1982, S. 44.

<sup>28</sup> Vgl. Paul Wilkinson, *Terrorism and the Liberal State*, 2nd ed., Houndmills 1987.

<sup>29</sup> Vgl. Lawrence Freedman et al., *Terrorism and International Order*, London 1986.

<sup>30</sup> Auf das Problem des Staatsterrorismus als staatlich gefördertem Terrorismus aufständischer Gruppen wird weiter unten eingegangen.

spricht dann dagegen, eine relativ allgemeine Definition des Terrorismus im Sinne von Alex Schmid zu wählen und eine einfache Typologie einzuführen, die z.B. zwischen staatlichem Terror und nichtstaatlichem Terrorismus unterscheidet?<sup>31</sup> Dabei wäre jedem Wissenschaftler weiterhin freigestellt, sich nur auf eine Form des Terrorismus zu konzentrieren. Es wäre aber nicht mehr möglich, *per definitionem* den Terror staatlicher Organe herunterzuspielen oder substaatlichen Terrorismus nur als Reaktion auf staatliche Gewalt zu verstehen. Damit wären zumindest die begrifflichen Hürden genommen, die vertrackte Dynamik zwischen staatlicher und substaatlicher Gewalt zu analysieren. Dass es zu einer solchen pragmatischen, aber reflektierten Begriffsklärung bisher nicht gekommen ist, zeigt nur einmal mehr, dass es sich bei den Definitionsproblemen des Terrorismus nicht um einen akademischen Streit um Worte handelt, sondern letztlich um einen politischen Streit um Überzeugungen.

### Terrorismus: Krieg oder Verbrechen?

Ein vielleicht noch schwierigeres Problem der Definition betrifft die Frage, ob man Terrorismus als eine Form des Krieges oder eine Gewaltform *sui generis* verstehen sollte. Auch hinter dieser Frage verbergen sich Positionen, die in ihrer letzten Konsequenz politischer Natur sind.

Die Vorstellung des Terrorismus als einer Form der Kriegführung stützt sich auf seine historische Herleitung aus dem antikolonialen Befreiungskrieg. Für Robert Taber ist "Terrorismus" nämlich einfach ein in die Stadt verlegter Guerillakrieg. Deswegen sieht er auch keine Möglichkeit, zwischen Guerillakämpfern und Terroristen zu unterscheiden, zumal er den Terrorismus für eine besonders menschenfreundliche Form der Kriegführung hält: "Terrorismus, der üblicherweise mit heiligem Schrecken als politischer Mord betrachtet wird (aber um wie viel mörderischer als eine Stadt in Schutt und Asche zu legen oder ein Dorf mit Napalm zu überziehen?), ist viel humaner, weil selektiver, als die meisten anderen Arten der Kriegführung."<sup>32</sup>

Auch Richard Clutterbuck trifft keine kategoriale Unterscheidung zwischen Terrorismus und Guerillakriegführung, sondern verwendet die Begriffe "*urban guerilla warfare*" und "*urban terrorism*" weitgehend synonym.<sup>33</sup> Nur eine solche Begriffsverwendung, die auf fragwürdige normative Vorurteile verzichtet, ist nach Meinung von Andrew Silke geeignet, das

<sup>31</sup> Vgl. etwa Alex P. Schmid (Fn. 10), S. 11, und Peter Waldmann (Fn. 24), S. 15.

<sup>32</sup> Robert Taber, *The War of the Flea*, London 1969, S. 90-91.

<sup>33</sup> Richard Clutterbuck, *Terrorism and Guerrilla Warfare*, London 1990; vgl. auch Robert Moss, *Urban Guerrillas*, London 1972.

Phänomen Terrorismus in seiner ganzen Komplexität zu erfassen. Denn das Brechen von Völkerrechtsnormen, die Verbreitung von Terror und die Tötung von Unschuldigen sei keineswegs die Ausnahme, sondern die Regel moderner Kriegführung. "Man kann [deshalb] schließen, dass der wirkliche Unterschied zwischen Terrorismus und anderen Formen der Kriegführung darin besteht, dass Terroristen ihre Verbrechen nicht verbergen wollen."<sup>34</sup>

Die Mehrzahl der Terrorismusforscher vertritt demgegenüber eine mehr oder weniger gut begründete Position, die einen kategorialen Unterschied zwischen Terrorismus und Guerillakrieg sieht. Martha Crenshaw behauptet zum Beispiel, Terrorismus lasse sich so lange nicht genau definieren, wie die gewalttätige Handlung, ihr Ziel und die Wahrscheinlichkeit ihres politischen Erfolgs nicht bedacht werde. Guerilleros würden politische Gewalt im Rahmen des Völkerrechts ausüben, nur Kombattanten angreifen und ihren Kampf mit einer begründeten Aussicht auf Erfolg führen; folglich wäre ihre Gewaltanwendung legitim. Terroristen dagegen würden zumindest bei einem dieser Legitimitätstests durchfallen. Entweder würden sie Völkerrecht brechen, die Tötung von Non-Kombattanten beabsichtigen, oder einen aussichtslosen Kampf führen; folglich wäre ihre Gewaltanwendung illegitim.<sup>35</sup>

Obwohl diese Position sich weitgehend dem umgangssprachlichen Verständnis von Terrorismus als "inakzeptabler Gewalt" annähert, ist sie nur mit Mühe aufrechtzuerhalten. Denn wer befindet darüber, was legitim ist? Läuft man nicht Gefahr, demjenigen, der die Macht hat, "Legitimität" zu definieren, auch das Recht zur Bestimmung dessen zuzugestehen, was Terrorismus ist?<sup>36</sup> Und ist damit nicht genau jener Beliebigkeit das Wort geredet, die je nach politischem Gusto den berechtigten Freiheitskampf oder den verwerflichen Terrorismus einer substaatlichen Gruppe feststellen kann? Wie bereits in der Einleitung angedeutet, war es während der Reagan-Administration in den USA üblich, Terrorismus in Bezug auf die eigenen nationalen Interessen zu definieren. Zahlreiche Terrorismusdefinitionen in offiziellen Dokumenten dieser Zeit legen darüber Zeugnis ab. Dies ermöglichte der Regierung, offen mit zweierlei Maß an die Beurteilung politischer Gewalt zu gehen,<sup>37</sup> eine Politik, die auf groteske Weise scheiterte und direkt in den Iran-Contra-Skandal mündete.

Andererseits ist Legitimität keine vollkommen willkürliche Kategorie. Sie lässt sich im Hinblick auf etablierte Regeln und Normen konkretisieren

<sup>34</sup> Andrew Silke, *Terrorism and the Blind Men's Elephant*, in: *Terrorism and Political Violence*, 8 (1996) 3, S. 12-28, S. 19.

<sup>35</sup> Vgl. Martha Crenshaw, *Terrorism, Legitimacy, and Power*, Middletown 1983.

<sup>36</sup> Vgl. Jonathan R. White, *Terrorism. An Introduction*, Belmont 1998, S. 8.

<sup>37</sup> Vgl. z.B. Jeane J. Kirkpatrick, *Dictatorships and Double Standards*, New York 1982.

und objektivieren. In diesem Sinne stellt Ruth Linn fest: "Im Vergleich zu Terrorismus hat der konventionelle Krieg klare Normen: Es gibt neutrales Territorium, das von den kämpfenden Truppen anerkannt wird, die Streitkräfte sind identifizierbar, es gibt eine Beschränkung auf bestimmte Waffen auf dem Kampffeld, und es gibt ein Bewusstsein, dass Waffengewalt gegen Zivilisten eine Ausnahme oder Verirrung ist. Im Gegensatz dazu zielt Terrorismus auf die Zerstörung etablierter Normen. Anders als Guerillakämpfer, die nicht die Gesetze des Krieges brechen, die wissen, wer ihr Feind ist und nur die überlegenen Kombattanten angreifen, verwischen Terroristen die Unterscheidung in Kombattanten und Nicht-Kombattanten indem sie sagen, ‚KRIEG IST KRIEG‘ und dass jeder Versuch, ethische Grenzen des Krieges zu definieren, nutzlos ist."<sup>38</sup> Zugegeben: Diese idealisierte Darstellung gilt höchstens in der Theorie. Nicht umsonst gilt das Völkerrecht – einschließlich der Genfer Zusatzprotokolle von 1977 – als vollkommen unzureichend, die tatsächlich stattfindenden Guerillakriege zu regeln.<sup>39</sup> Paul Wilkinson hat denn auch eingeräumt, dass es "in der Praxis extrem schwierig ist, eine Grenze zwischen Krieg und Terror zu ziehen."<sup>40</sup> Aber auch das macht noch nicht jeden Guerillakrieg, der – notgedrungen – sich den Kriegsregeln entzieht, zu Terrorismus.

Obwohl also die Gefahr des politischen Missbrauchs des Legitimitätsbegriffs groß ist, muss sie wohl in Kauf genommen werden, wenn man an der Unterscheidung zwischen Guerillakrieg und Terrorismus festhalten will. Denn was wäre durch die Aufhebung dieser Trennung gewonnen? Wäre tatsächlich das Phänomen substaatlicher Gewalt präziser erfasst, oder wären nicht zwei Phänomene, die zwar eng verbunden aber doch trennbar sind, vermengt? Ist wirklich kein Unterschied darin zu sehen, ob wahllos Frauen und Kinder ermordet oder militärische Stellungen überfallen werden? Trifft es nicht doch zu, dass Regeln der Kriegsführung existieren, die auch dann, wenn sie häufig gebrochen werden, die Kriegsgräuere mäßigen? Würde man den Unterschied zwischen Terrorismus und Guerillakrieg aufgeben, würde man sich der Möglichkeit berauben, weiter auf der Mäßigung militärischer Gewaltanwendung zu bestehen. Man würde die Rechtlosigkeit im Krieg sanktionieren und bereits gewonnenes Terrain des humanitären Völkerrechts wieder aufgeben. Zu behaupten, dass Guerillakrieg immer und notwendig mit Terrorismus verbunden seien, ist deshalb nicht nur empirisch

<sup>38</sup> Ruth Linn, *Terrorism, Morality and Soldier's Motivation to Fight – An Example from the Israeli Experience in Lebanon*, in: *Terrorism*, 11 (1988) 2, S. 139-149.

<sup>39</sup> Vgl. Christopher Daase, *Das humanitäre Völkerrecht und der Wandel des Krieges*, in: *Humanitäres Völkerrecht*, hg. von Jana Hasse / Erwin Müller / Patricia Schneider, Baden-Baden 2001 (= *Frieden durch Recht*; 1), S. 132-157.

<sup>40</sup> Paul Wilkinson (Fn. 28), S. 55.

falsch, sondern auch politisch fragwürdig. Es legitimiert nämlich entweder Terrorismus als normales Kriegsverhalten, oder es delegitimiert die Guerillakriegführung, die sich notgedrungen jenseits etablierter Normen bewegt.

Tatsache bleibt allerdings, dass Guerillagruppen gelegentlich zu Mitteln des Terrorismus greifen. So ging die PLO in den siebziger Jahren von Angriffen gegen israelische Sicherheitskräfte auf die Beschießung jüdischer Siedlungen und die Bombardierung von Schulbussen über; ähnlich dehnte die PKK 1994 ihre Angriffe auf die Touristenzentren an der türkischen Mittelmeerküste aus. Anstatt jedoch diesen Strategiewandel begrifflich zu verschleiern, sei es mit dem Ziel, ihn zu rechtfertigen oder ihn zu verteufeln, muss er *erklärt* werden: Unter welchen Bedingungen ist ein nicht-staatlicher Akteur, der einen Kleinkrieg führt, bereit, eine Terrorstrategie anzuwenden? Und wichtiger noch: Unter welchen Bedingungen ist er bereit, diese Strategie wieder aufzugeben? Nur wenn man an der Unterscheidung von Terrorismus und Guerillakrieg festhält, kann diese Frage überhaupt gestellt, können Entwicklungen innerhalb von substaatlichen Gruppen beschrieben und der Wandel ihrer Strategien erklärt werden.

Dazu ist es jedoch nicht nur nötig einzusehen, dass Terrorismus und Guerillakrieg etwas unterschiedliches sind, sondern auch, dass beide Begriffe nicht auf der gleichen Abstraktionsebene liegen. Das heißt, ein Akteur ist nicht entweder Guerillakämpfer oder Terrorist, und er verliert auch nicht im gleichen Maße den Status eines Guerillakämpfers, in welchem er eine Terrorstrategie verfolgt. Ein Großteil der begrifflichen Verwirrung ist dem Missverständnis geschuldet, dass Kleinkrieg und Terrorismus nur als identisch oder unvereinbar gedacht werden könnten. Das ist aber nicht der Fall: Terrorismus ist eine Methode der Kriegführung, eine Art Waffensystem, derer sich Guerillakämpfer (und natürlich auch staatliche Akteure) bedienen können, die sie aber auch zurückweisen können.<sup>41</sup> Dass die Ablehnung terroristischer Gewalt durch substaatliche Guerillagruppen ihnen einen innergesellschaftlichen und internationalen Legitimitätsgewinn verschaffen kann, wie das Beispiel der PLO und in geringerem Maße auch der PKK zeigt, gehört zu den interessantesten und politisch vielversprechendsten Aspekten dieses Zusammenhangs.<sup>42</sup>

Auch in der Frage, ob Terrorismus als Form des Krieges definiert werden sollte oder nicht, zeigt sich also, dass es für spezifische Fragestellungen notwendig ist, begriffliche Differenzierungen einzuführen oder aufrechtzuer-

<sup>41</sup> Vgl. Paul Wilkinson (Fn. 28), S. 50-68; Alex P. Schmid / Albert J. Jongman (Fn. 10), S. 16.

<sup>42</sup> Vgl. Christopher Daase, Kleine Kriege – Große Wirkung. Wie unkonventionelle Kriegführung die internationale Politik verändert, Baden-Baden 1999, S. 227-228.

halten, die in einzelnen Fällen zwar schwierig zu operationalisieren und empirisch nachzuweisen sind, ohne die aber wichtige Phänomene gar nicht in den Blick genommen werden können.

### Familienähnlichkeiten terroristischer Gewalt

Die hier begonnene Begriffsdiskussion ließe sich weiter fortführen. So könnte man erörtern, ob ein weiter Begriff des Terrorismus einem engen vorzuziehen ist; ob Terrorismus auch ohne physische Gewalt existieren kann; ob die kommunikative Funktion des Terrorismus wichtiger ist als seine militärische; oder ob es sich bei Terrorismus eher um symbolische als um manifeste Gewalt handelt. Es geht mir hier aber nicht um eine vollständige Diskussion aller Aspekte der Begriffsbildung, sondern eher um ein grundsätzliches Problem: Ich glaube nämlich, dass es einen "harten begrifflichen Kern" des Terrorismus nicht gibt und dass die Versuche, das Definitionsproblem ein für alle Mal zu lösen, zum Scheitern verurteilt sind. Das berechtigt allerdings nicht zu theoretischem Defätismus und begrifflicher Nachlässigkeit. Was man nämlich dennoch feststellen kann, ist eine Art *Familienähnlichkeit* der Fälle politischer Gewalt, die als "Terrorismus" bezeichnet werden. Für Ludwig Wittgenstein besteht eine Familienähnlichkeit dann, wenn für eine Reihe von Fällen anhand von mehreren Merkmalen ihre Ähnlichkeit nachgewiesen werden kann, auch wenn es kein durchlaufendes Merkmal gibt.<sup>43</sup> Zwei Fälle von "Terrorismus" können demnach auch dann eine Familienähnlichkeit haben (und den gemeinsamen Begriff zu Recht tragen), wenn sie überhaupt kein gemeinsames Merkmal mehr teilen, jedoch über eine Entwicklungslinie verwandter Fälle miteinander verbunden werden können. Auf diese Weise kann es auch dort Regeln der Begriffsverwendung geben, wo es keine strengen Begrenzungen der Begriffe gibt.<sup>44</sup>

Dieser Ansatz eignet sich in besonderer Weise für die "Lösung" des Definitionsproblems des Terrorismus. Er erklärt nämlich nicht nur, warum die bisherigen Versuche einer definitiven Festlegung des Terrorismusbegriffs gescheitert sind. Er bietet auch eine Alternative an, mit den genannten Problemen umzugehen. Denn keinesfalls erlaubt er eine resignative Haltung im Sinne Laqueurs und anderer, die aus der Unmöglichkeit einer verbindlichen Definition ein Recht auf unbegründete und implizite Definitionen ableiten und die Einstellung der "Arbeit am Begriff" verlangen. Im Gegenteil fordert dieser Ansatz einen beständigen Diskurs darüber, was unter Terroris-

<sup>43</sup> Ludwig Wittgenstein, *Philosophische Untersuchungen*, in: Ders., *Schriften*, Bd. 1, Frankfurt a.M 1980, S. 279-544.

<sup>44</sup> Vgl. George Lakoff, *Women, Fire and Dangerous Things: What Categories Reveal about the Mind*, Chicago 1987.

mus verstanden wird, und den Versuch, sich für konkrete Problembereiche auf Arbeitsdefinitionen zu verständigen. Auch wenn die Arbeit am Begriff des Terrorismus eine Sisyphusarbeit ist, gibt es zu ihr doch keine Alternative. Denn, wie es Jack Gibbs ausdrückte, "die Definition implizit zu belassen, ist der Weg in den Obskurantismus."<sup>45</sup>

### 3. Theorien des Terrorismus

Freilich darf die Arbeit nicht beim Begriff enden. Oftmals erscheint es, als wäre die Definition eines Begriffs oder die Aufstellung einer Typologie Selbstzweck.<sup>46</sup> Sie sind aber immer nur insoweit von Bedeutung, wie sie zur Erörterung konkreter Fragestellungen genutzt werden. Solche Fragestellungen können auf ganz unterschiedlichen Analyseebenen ansetzen. Zur Erklärung des Phänomens Terrorismus kann man etwa Persönlichkeitsmerkmale von Individuen, die Dynamik sozialer Gruppen oder die Machtbeziehungen im internationalen System untersuchen; und man kann die Formen politischer Identität, kulturelle Konfliktmuster oder die Funktion von Gewalt in sozialen Systemen analysieren. Daraus ergibt sich eine mitunter verwirrende Vielzahl von möglichen Theorien, die Terrorismus – d.h. seine Ursachen und Wirkungen – zu erklären behaupten.

Wie im Falle der Begriffsbildung geht es mir aber auch hier nicht um eine umfassende Darstellung der Theorien des Terrorismus,<sup>47</sup> sondern um die Herausarbeitung grundsätzlicher Fragen und typischer Probleme der Theoriebildung. Als solche scheinen mir insbesondere die beiden Fragen relevant zu sein, ob Terrorismus eher mit rationalen oder psychologischen Ansätzen zu erklären ist und welche Rolle die internationale Unterstützung des Terrorismus durch Staaten spielt. Denn diese beiden Fragen betreffen einerseits die *theoretischen* Vorentscheidungen, die im Rahmen unterschiedlicher Disziplinen getroffen werden, und andererseits die *politischen* Vorentscheidungen, die im Rahmen ideologischer Debatten notwendig sind. Beide prägen die Erklärungen des Terrorismus angesichts chronischer Informationsarmut in einem nicht unerheblichen Maße.

<sup>45</sup> Jack P. Gibbs, Conceptualization of Terrorism, in: American Sociological Review, 54 (1989) 3, S. 329-340, S. 329.

<sup>46</sup> Vgl. Alex P. Schmid / Albert J. Jongman, Terrorism and Related Concepts: Typologies, in: Dies. (Fn. 10), S. 39-59.

<sup>47</sup> Vgl. dazu Alex P. Schmid / Albert J. Jongman, Theories, in: Dies. (Fn. 10), S. 61-135.

## Terrorismus: psychologisch oder rational zu erklären?

Eine Grundfrage der Terrorismusforschung ist, ob die Ursache von Terrorismus in der Psychologie von Individuen zu suchen ist oder eher im Verhalten rational kalkulierender politischer Akteure liegt.

Psychologische Erklärungen setzten dabei nicht notwendigerweise eine gestörte Persönlichkeit bei Terroristen voraus. Jerrold Post meint zum Beispiel, dass die "Psychologie von Terroristen keine größere Psychopathologie aufweise"<sup>48</sup>. Dennoch hält er es für notwendig, die psychologischen Faktoren zu untersuchen, die Menschen dazu bringen, terroristische Gewaltakte auszuführen, denn es sei letztlich die "Suche nach Identität", die einen Terroristen dazu bringe, gegen das Establishment vorzugehen. Indem er nämlich Gewalt anwende, versuche der Terrorist nicht nur den *äußeren* Feind zu treffen, sondern auch den *inneren* Feind der Gruppe zu zerstören, durch die er sein Selbstwertgefühl beziehe: "Die Gruppenkohäsion, die entsteht, wird durch die externe Gefahr [als Terrorist zu agieren, C.D.] gesteigert, was die innere Brüchigkeit der Einheit gegenüber dem äußeren Feind reduziert."<sup>49</sup>

In diesem Sinne sind Anfang der achtziger Jahre in einer vom Bundesinnenministerium in Auftrag gegebenen Großuntersuchung zahlreiche Lebensläufe von Terroristen analysiert worden, in denen Persönlichkeitsmerkmale wie Aggressivität, Ereignishunger und Aktivismus mit der Neigung zum Terrorismus in Verbindung gebracht wurden.<sup>50</sup> Spätere Studien haben zu bestätigen versucht, dass "das Individuum, das ein politischer Terrorist wird und bleibt, üblicherweise psychologisch durch gewisse narzistische Persönlichkeitsdeformationen geprägt zu sein scheint"<sup>51</sup>. Auffälligerweise sind insbesondere Frauen daraufhin untersucht worden, in welchem Maße ihre Geschlechtscharakteristika sie zum Terrorismus prädisponieren. Luisella De Cataldo Neuberger und Tiziana Valentini behaupten zum Beispiel, ähnlich wie Richard Pearlstein, dass weiblicher Terrorismus auf traumatische Ereignisse in der Kindheit, insbesondere auf einen tyrannischen Vater und eine schwache Mutter, zurückzuführen sei.<sup>52</sup>

<sup>48</sup> Jerrold M. Post, Terrorist Psycho-Logic: Terrorist Behavior as a Product of Psychological Forces, in: Origins of Terrorism. Psychologies, Ideologies, Theologies, States of Mind, hg. von Walter Reich, Washington 1990, S. 25-40, S. 26; ders., Notes on a Psychodynamic Theory of Terrorist Behavior, in: Terrorism, 7 (1984) 3, 241-256.

<sup>49</sup> Jerrold M. Post, Terrorist Psycho-Logic (Fn. 48), S. 33.

<sup>50</sup> Vgl. Analysen zum Terrorismus, hg. vom Bundesministerium des Inneren, Darmstadt 1981/84, insb. Bd. 2.

<sup>51</sup> Richard M. Pearlstein, The Mind of the Political Terrorist, Wilmington 1991, S. IX.

<sup>52</sup> Luisella de Cataldo Neuberger / Tiziana Valentini, Women and Terrorism, New

Die Mehrzahl der Terrorismusforscher glaubt allerdings nicht an den entscheidenden Einfluss von Persönlichkeitsfaktoren oder einen signifikanten Unterschied zwischen Terroristen und Terroristinnen, sondern lehnt die "Aura der Pathologie", mit welcher der Terrorismus umgeben wird, ab.<sup>53</sup> Denn selbst wenn man zugeben wollte, dass es eine gewisse personale Prädisposition von Terroristen gibt, kann damit nicht erklärt werden, warum einige dieser Menschen – in der Tat die meisten – *nicht* zu Terroristen werden. Weitaus wichtiger als die individuelle Ebene scheint deshalb die Ebene der sozialen Gruppe zu sein. Auch wenn Terrorismus manchmal irrational erscheinen mag, so lässt er sich doch als rationales strategisches Verhalten interpretieren: "Im Sinne dieses analytischen Ansatzes wird angenommen, dass Terrorismus eine kollektive Rationalität aufweist. Eine radikale politische Organisation wird als zentraler Akteur im terroristischen Drama angesehen. Die Gruppe besitzt kollektive Präferenzen oder Werte und wählt aus einer Reihe wahrgenommener Alternativen Terrorismus als Handlungsoption."<sup>54</sup>

Diese Theorie auf der Grundlage des *rational-choice*-Ansatzes hat den großen Vorteil, auf den ersten Blick "verrückt" erscheinende Handlungen (wie z.B. einen Selbstmord-Anschlag) ohne Rekurs auf unbeweisbare Annahmen zu erklären. Denn was individuell irrational erscheinen mag (Selbstmord), kann kollektiv durchaus (als politische Handlung) rational sein und somit als Motivation für den individuellen Terroristen dienen.<sup>55</sup> Auf diese Weise wird es möglich, nicht nur die politische Kalkulation terroristischer Gruppen zu rekonstruieren und ihre Strategiewahl rational zu erklären, sondern auch die Opferbereitschaft des einzelnen Terroristen zu verstehen.

Die Schwäche der rationalen Erklärung des Terrorismus liegt freilich dort, wo die Präferenzen und Werte der terroristischen Gruppe selbst erklärt werden sollen. Weil der *rational-choice*-Ansatz von gegebenen Akteuren und festen Präferenzordnungen ausgeht, kann er ihre Entstehung und ihren Wandel nicht erklären. Diese Schwäche teilen übrigens rationale mit psychologischen Ansätzen. Auch letztere sind geneigt, von einer starren Disposition der Akteure auszugehen und damit ihren Wandel auszuschließen.

York 1996.

<sup>53</sup> Vgl. Andrew Silke, Cheshire-Cat Logic: The Recurring Theme of Terrorist Abnormality in Psychological Research, in: *Psychology, Crime and Law*, 4 (1998) 1, S. 51-69.

<sup>54</sup> Martha Crenshaw, The Logic of Terrorism: Terrorist Behavior as a Product of Strategic Choice, in: *Origins of Terrorism*, hg. von Walter Reich, Washington 1990, S. 7-24, S. 8.

<sup>55</sup> Vgl. Edward N. Muller / Karl-Dieter Opp, Rational Choice and Rebellious Collective Action, in: *American Political Science Review*, 80 (1986) 3, S. 471-487.

Jerrold Post meint zum Beispiel, dass Terroristen gar kein Interesse am Erfolg ihrer Aktionen haben könnten, weil sie damit die Existenzgrundlage ihrer Gruppe, ihr eigentliches Ziel, zerstören würden: "Diese Tatsache entspricht einer kybernetischen Gleichgewichtssituation in der Gruppe. Sie muss mit ihren Terrorakten und ihrer Legitimationsrhetorik erfolgreich genug sein, um Mitglieder anzuziehen und sich selbst zu erhalten, aber sie darf nicht so erfolgreich sein, dass sie sich aus dem Geschäft katapultiert."<sup>56</sup> Wie jedoch soll dann die Abkehr vom Terrorismus erklärt werden, die zwar schwierig, nicht aber unmöglich ist?

Um diese Frage zu beantworten, muss man aus der Zwickmühle heraus, in die der "akademische" Streit geführt hat, ob terroristische Gewalt instrumentell und damit rational erklärbar, oder Selbstzweck und deshalb nur psychologisch zu verstehen ist. Dies vermögen in erster Linie konstruktivistische Ansätze, die zwar von kollektiven, rationalen Akteuren ausgehen, jedoch die Möglichkeit einräumen, dass deren soziale und korporative Identität wandelbar ist und sich damit auch die Parameter rationaler Strategiewahl verändern können. Zu unterschiedlichen Zeitpunkten in der Entwicklung eines substaatlichen Akteurs kann es deshalb einmal rational sein, Terrorismus anzuwenden, ein anderes Mal, ihn abzulehnen.

Betrachtet man zum Beispiel revolutionäre Bewegungen in ihrer Entstehungsphase, dann sind die militärischen Ziele und die politischen Zwecke absolut und deshalb identisch; auch militärische und politische Führung sind ununterscheidbar. Die militärischen Aktionen sind in diesem Zustand symbolisch, unkoordiniert und ein Zweck in sich selbst; ihnen fehlt noch der instrumentelle Charakter.<sup>57</sup> Die frühen Aktionen der FLN in Algerien, der PLO in den sechziger und der PKK in den siebziger Jahren weisen diesen stark dezentralen und diffusen Charakter der politischen Gewaltanwendung auf, und auch die Aktionen der jüdischen Irgun sowie der Stern-Bande lassen sich in diesem Sinne, im Gegensatz etwa zu denen der Haganah, durchaus als "terroristisch" bezeichnen. Erst im Verlauf der jeweiligen Konflikte setzte sich die Notwendigkeit durch, Gewalt strategisch einzusetzen, d.h. Mittel und Zwecke zu unterscheiden sowie militärische Gewalt als Instrument zu begreifen. Dies ist dann der Moment, in dem sich politisches Kalkül über militärischen Aktivismus erhebt und sich im substaatlichen Akteur die militärische und die politische Sphäre auseinander zu differenzieren beginnen. Mit diesem ersten Schritt ist die Monopolisierung der Gewalt eingeleitet, welche die korporative und soziale Identität sowie damit auch die

<sup>56</sup> Jerrold M. Post, *Terrorist Psycho-Logic* (Fn. 48), S. 38.

<sup>57</sup> Vgl. dazu ausführlich auch Herfried Münkler, *Gewalt und Ordnung. Das Bild des Krieges im politischen Denken*, Frankfurt a.M. 1992.

Präferenzordnung des Akteurs grundsätzlich verändert.<sup>58</sup> Dieser Prozess ist allerdings nicht zwangsläufig und unumkehrbar, sondern abhängig von der Entwicklung der Interaktionsformen. Bleibt die Gewaltanwendung auf der Ebene dezentraler, autonomer Kommandos, ist eine weitere Zentralisierung nicht nur schwierig, sondern kontraproduktiv. Wird dagegen eine einheitliche Strategie verfolgt und gar "befreites Territorium" gehalten, ist eine Zentralisierung unumgänglich. Freilich muss jede Form von Zentralisierung und Hierarchisierung, wie die PLO leidvoll hat erkennen müssen, gegen rivalisierende, auf ihre Autonomie bedachte Fraktionen durchgesetzt werden. Es ist also kein Wunder, dass sich gerade an der Frage des Terrorismus die Strategiediskussion entscheidet und die weitere organisatorische Entwicklung eines substaatlichen Akteurs vorbestimmt wird. Sowohl in der PLO als auch in der PKK kam es über diese Frage zu Fraktionskämpfen und Abspaltungen, letztlich jedoch zu einer stärkeren Monopolisierung der Gewalt und einer mehr oder weniger deutlichen Abkehr vom Terrorismus. Terrorismus mag deshalb, wie Herfried Münkler sagt, zwar eine "strategische Sackgasse" sein,<sup>59</sup> aber man kann vorsichtig rückwärts wieder aus ihr herauskommen.

### Terrorismus: Isoliert oder vernetzt zu verstehen?

Eine ähnlich gravierende Auswirkung auf die Erklärung des Terrorismus wie die Entscheidung für eine eher psychologische oder rationalistische Sichtweise hat die Alternative, ihn als lokal isoliertes oder als international vernetztes Phänomen zu betrachten. Auch in diese Frage sind wieder politische Interessen verwoben, die sich deswegen so verheerend auswirken, weil unabhängige empirische Informationen, mit denen man die jeweiligen Theorien testen könnte, äußerst rar sind.

Die Bedeutung der sogenannten "Verschwörungstheorie des Terrorismus"<sup>60</sup> lässt sich gar nicht genug betonen. Obwohl sie erstmals gegen Ende des 19. Jahrhunderts mit Blick auf die "weltweite Verschwörung der Anarchisten" formuliert wurde, kam sie erst im Kalten Krieg zur vollen Blüte und wurde Anfang der achtziger Jahre zum Gemeingut der Terrorismusforschung. Schon in den frühen Büchern Walter Laqueurs wird auf die Beziehungen des modernen Terrorismus zur Sowjetunion, zu Kuba und anderen kommunistischen Staaten hingewiesen. Das konnte mit um so größerer Gewissheit geschehen, als ja keine scharfe Grenze zwischen den Formen politischer Gewalt gezogen wurde und Chruschtschow selber 1961 die

<sup>58</sup> Vgl. Christopher Daase (Fn. 42), S. 216-235.

<sup>59</sup> Herfried Münkler (Fn. 57), S. 172.

<sup>60</sup> Alex P. Schmid / Albert J. Jongman (Fn. 10), S. 101-108.

Unterstützung von Aufstandsbewegungen in der Dritten Welt angekündigt hatte.

Ende der siebziger Jahre wurde eine ganze Reihe von Büchern veröffentlicht, welche die „*communist connection*“ zum Gegenstand hatten und nachzuweisen suchten, dass die Sowjetunion durch ein weitverzweigtes Netz von Sympathisanten und Agenten den internationalen Terrorismus förderte, um die „Freie Welt“ zu destabilisieren. Den Durchbruch erlangte diese Theorie durch das Buch von Claire Sterling *The Terror Network* 1980, in dem sie behauptet: „Der Kern der russischen Strategie ist, das terroristische Netzwerk mit Waren und Dienstleistungen zu versehen, die notwendig sind, um die industrialisierten Demokratien des Westens zu unterminieren.“<sup>61</sup> Gemessen an sozialwissenschaftlichen Standards ist Sterlings Theorie unhaltbar. Sie bietet weder Definitionen noch empirische Evidenz; ihr Material bezieht sie aus dramatisierten Zeitungsmeldungen; und wo sie unterstützende Argumente braucht, zitiert sie aus nicht-öffentlichen Geheimdienstakten. Dessen ungeachtet machte die „Sterling-These“ Furore und zog zahlreiche Veröffentlichungen nach sich, die sich mit dem Staatsterrorismus sowjetischer Klienten und den erforderlichen Gegenmaßnahmen des Westens befassten.<sup>62</sup> Die Zählebigkeit dieser nie belegten Theorie zeigt sich unter anderem daran, dass noch 1991 Yonah Alexander angesichts von Glasnost und Perestrojka behaupten konnte: „Es gibt also eine doppelgleisige Strategie, die Moskau verfolgt: Eine auf der Ebene deklaratorischer Politik und Propaganda und die andere auf logistisch-operativer Ebene. Die klare Absicht des Kremls ist, sich weiterhin der strategischen Vorteile des Terrorismus als einer ‚einflussreichen Waffe‘ im Ausland zu bedienen und ihn gleichzeitig als ein Hindernis auf der Ebene der zwischenstaatlichen Beziehungen zu bagatellisieren.“<sup>63</sup>

Es soll allerdings nicht verschwiegen werden, dass es auch auf der anderen politischen Seite eine Verschwörungstheorie des Terrorismus gab. In einem Band von Noam Chomsky und Edward Herman über die *Washington Connection and Third World Fascism* heißt es spiegelbildlich zur Sterling-These: „Die Militärjuntas in Lateinamerika und Asien sind unsere Juntas. Viele von ihnen sind direkt von uns eingesetzt worden oder sind die

<sup>61</sup> Claire Sterling, *The Terror Network: The Secret War of International Terrorism*, New York 1980, S. 16.

<sup>62</sup> Vgl. etwa Neil C. Livingstone / Terrell E. Arnold (Hg.), *Fighting Back*, Lexington 1986; Benjamin Netanyahu, *Terrorism: How the West Can Win*, New York 1986.

<sup>63</sup> Yonah Alexander, *State-Sponsored Terrorism: The Role of the Soviet Union and East European Countries*, in: *Future Terrorism Trends*, hg. von Yonah Alexander / Yuval Ne’eman / Ely Tavin, Washington 1991, S. 15-21, S. 18f.

Günstlinge unserer direkten Intervention, und die meisten anderen sind mit unserer indirekten Unterstützung entstanden, indem sie militärische Ausrüstung und Ausbildung durch die Vereinigten Staaten erhielten.”<sup>64</sup> Obgleich diese und ähnliche Studien<sup>65</sup> nicht zuletzt aufgrund des besseren Zugangs zu Informationen den oben genannten in der Regel wissenschaftlich überlegen sind, blieben sie in der amerikanischen Terrorismusdebatte politisch unterlegen.

### Theorie ohne Informationen?

Ich erwähne diese Seite der Terrorismusforschung hier so ausführlich, weil es sich nicht etwa um eine Grotteske einer vergangenen Epoche handelt. Vielmehr wird die Diskussion heute in ganz ähnlicher Weise, mit ähnlichen Argumenten und Methoden geführt. Und man kann viel aus der “Empirieresistenz” dieser Theorien für die heutige Debatte lernen. Noch bevor nämlich die These vom sowjetischen Terroristennetz von der Geschichte widerlegt wurde (als nämlich nach dem Ende des Kalten Krieges die Zahl wie auch die Intensität der Terroranschläge keineswegs abnahm und sich der Faktor Sowjetunion als unbedeutend herausstellte), hatten empirische Studien bereits Belege für ihre Unhaltbarkeit erbracht. Zwar leugneten diese Studien nicht, dass es finanzielle und logistische Unterstützung von einigen Staaten für terroristische Bewegungen gab; doch wurde bestritten, dass sich daraus ein Bild des staatlich geförderten Terrorismus ergebe. In seinem Buch über die Finanzierung von Terrororganisationen wies James Adams 1986 nach, dass finanzielle Unterstützung von Staaten zwar üblich, insgesamt aber eher gering war und in ihrer Auswirkung auf die unterstützten Organisationen und ihre Entscheidungsfreiheit vernachlässigt werden kann.<sup>66</sup> Terrororganisationen finanzieren sich nicht in erster Linie durch Staatszuschüsse, sondern durch ausgeklügelte ökonomische Infrastrukturen: Wie im Falle der PLO durch eine Art “Finanzabteilung”, die *samed*, die im Stile eines Unternehmens die Arbeitsfähigkeit der Organisation erhält; oder etwa wie im Falle der IRA durch ein System organisierter Kriminalität, das die Organisation mit Bargeld versorgt. Die Fehlwahrnehmung des Terrorismus als einer von Staaten geförderten und benutzten Aktivität, so das Argument von Adams, habe die westlichen Staaten, allen voran die USA, zu einer

<sup>64</sup> Noam Chomsky / Edward S. Herman, *The Political Economy of Human Rights*, Bd. 1: *The Washington Connection and Third World Fascism*, Nottingham 1979.

<sup>65</sup> Vgl. z.B. Michael T. Klare / Peter Kornbluh (Hg.), *Low Intensity Warfare. Counterinsurgency, Proinsurgency, and Antiterrorism in the Eighties*, New York 1988.

<sup>66</sup> Vgl. James Adams, *The Financing of Terror*, New York 1986.

verfehlten Politik verleitet. Das Bombardieren vermeintlicher Staatssponsoren sei völlig nutzlos; wenn man Terrorismus bekämpfen wolle, müsse man die Finanzierungssysteme der entsprechenden Organisationen lahm legen.

So überzeugend die Argumentation und so zwingend die empirischen Belege sind, so wenig hat diese Studie der These vom *state sponsored terrorism* einen Abbruch getan oder die Antiterrorpolitik der USA verändert. Es ist schon bemerkenswert, wie unbeschadet die Sterling-These das Ende des Kalten Krieges überdauert hat, nur dass es heute nicht mehr die Sowjetunion ist, die als Spinne im Netz gilt, sondern Bin Ladin oder andere allgemeine Platzhalter wie der "islamische Fundamentalismus". Wohlgemerkt: Es geht nicht darum zu leugnen, dass es Staaten gibt, die sich des Terrorismus bedienen, oder dass es Menschen gibt, die ihre finanzielle Macht nutzen, um Terroranschläge zu inszenieren. Es geht darum, wie mit einem Minimum an empirischem Wissen ein Maximum an theoretischer Aussagekraft erzeugt wird und wie politische Behauptungen systematisch gegen wissenschaftliche Widerlegung immunisiert werden.

Es ist diese Struktur des Diskurses, die sozialwissenschaftliche Terrorismusforschung so schwierig und gelegentlich frustrierend macht. Denn sie muss sich in einer Debatte behaupten, in der nach Regeln gespielt wird, die nicht die ihren sind.

#### 4. Gegenstrategien zum Terrorismus

Seit es Terrorismus gibt, gibt es auch Antiterrorismus, gleichviel ob man staatlichen oder substaatlichen Terrorismus als den Ausgangspunkt der Argumentation wählt. Im Folgenden soll das Augenmerk auf die Reaktionen von Staaten auf substaatliche Gewalt gelenkt werden, denn dieser Aspekt ist in der sozialwissenschaftlichen Terrorismusforschung bislang relativ wenig untersucht worden. Dabei gibt es genügend Grund, nach den Ursachen dafür zu suchen, dass trotz deklaratorischer Einigkeit die internationale Kooperation gegen den Terrorismus so schwierig ist und warum die Staaten eine so unterschiedliche Antiterrorismuspolitik verfolgen.

##### Antiterrorismus und soziale Normen

Wenn man die Reaktionen von Staaten auf innere Unruhen, Aufstände und Terrorismus untersucht, fällt eine große Bandbreite der ergriffenen Maßnahmen auf<sup>67</sup>, und es fragt sich, worin diese Varianz begründet ist. Zunächst liegt es nahe, diese Unterschiede auf die Unterschiedlichkeit der

<sup>67</sup> Vgl. dazu die Beiträge in Alex P. Schmid / Ronald D. Crelinsten, *Western Responses to Terrorism*, London 1993.

Herausforderungen oder unterschiedliche politische Interessen zurückzuführen. Doch auch dort, wo die sozialen Rahmenbedingungen relativ ähnlich sind, kommt es, wie Peter Katzenstein am Beispiel von Deutschland und Japan gezeigt hat, zu ganz verschiedenen politischen Gegenmaßnahmen.<sup>68</sup> Trotz struktureller Ähnlichkeiten, die aus einer ähnlichen Ausgangslage nach dem Zweiten Weltkrieg resultieren, reagierten nämlich Deutschland und Japan ganz verschieden auf den Terrorismus, der ihre Gesellschaften in den siebziger Jahren heimsuchte. Während Deutschland intern den Polizeiapparat modernisierte und vergrößerte sowie extern auf internationale Kooperation setzte, verließ sich Japan intern auf seine traditionellen Methoden informeller sozialer Kontrolle, blieb jedoch extern bei der internationalen Zusammenarbeit ausgesprochen zögerlich. Nach Auffassung von Katzenstein können weder innenpolitische noch internationale Faktoren diesen Unterschied erklären. Vielmehr sei notwendig, den normativen Kontext zu untersuchen, in dem politische Entscheidungen getroffen werden. In diesem Sinne könne Deutschlands repressive innenpolitische Strategie als ein Reflex auf die traditionelle Rechtsstaatsnorm angesehen und seine kooperative internationale Strategie mit der normativen Verpflichtung auf internationalen Multilateralismus erklärt werden. Japans zurückhaltendere innenpolitische Haltung kann dagegen mit einer tief verwurzelten sozialen Norm von Gemeinschaft erklärt und sein Zögern bei der internationalen Antiterrorismuskoooperation auf ein generelles Unverständnis internationaler Normen zurückgeführt werden.

Katzensteins Vergleich basiert auf detaillierten empirischen Untersuchungen,<sup>69</sup> was – wie gesagt – keine Selbstverständlichkeit in der Terrorismusforschung ist. Sein theoretischer Ansatz könnte sich auch in anderen Fällen als hilfreich erweisen, wenn es um die Erklärung divergierender Antiterrorismusstrategien geht. Im Bereich der *internationalen* Politik ist eine solche Divergenz deutlich zwischen den USA und den EU-Staaten zu erkennen. Zwar ist im Neuen Strategischen Konzept der NATO vom Terrorismus als einem internationalen Risiko die Rede<sup>70</sup> und auf dem G7-Gipfel von Birmingham feierlich erklärt worden: “Die Vereinigten Staaten, die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten sind strategische Verbündete im globalen Kampf gegen den Terrorismus [...]. Sie arbeiten zusammen, um die

<sup>68</sup> Peter J. Katzenstein, *Coping with Terrorism: Norms and Internal Security in Germany and Japan*, in: *Ideas and Foreign Policy*, hg. von Judith Goldstein / Robert O. Keohane, Ithaca 1993, S. 265-295.

<sup>69</sup> Vgl. etwa Peter J. Katzenstein / Yutaka Tsujinaka, *Defending the Japanese State. Structures, Norms and the Political Responses to Terrorism and Violent Social Protest in the 1970s and 1980s*, Ithaca 1991.

<sup>70</sup> Vgl. *Das Strategische Konzept des Bündnisses*. Press Komunique, Brüssel 1999.

internationale Kooperation und die koordinierte Wirkung zu verbessern, um den Terrorismus zu bekämpfen.”<sup>71</sup> Doch ungeachtet dieser deklaratorischen Eintracht kommt es in der tatsächlich verfolgten Politik zu Divergenzen und in der transatlantischen Abstimmung zu Konflikten. Auch wenn die Antiterrorismuspolitik der USA keineswegs einheitlich ist – in der Tat bezeichnet Jonathan White die Inkonsistenz als das einzig Konsistente an der amerikanischen Strategie<sup>72</sup> –, kann man die europäische und die amerikanische Politik als gegensätzlich bezeichnen. Offensichtlich nehmen Amerikaner und Europäer das Phänomen auf eine grundsätzlich andere Weise wahr.<sup>73</sup> Während die USA nämlich Terrorismus vor allem als ein Problem staatlich geförderter unkonventioneller Kriegführung betrachten und mit konventionellen Vergeltungsschlägen zum Beispiel gegen den Sudan und Afghanistan reagiert haben, favorisieren die Europäer eine Sichtweise des Terrorismus, die ihn als substaatliches Phänomen einstuft und seine Bekämpfung im Rahmen strafrechtlicher und polizeilicher Maßnahmen vorsieht. Von den USA haben sich die Europäer deshalb wiederholt vorwerfen lassen müssen, eine zu “weiche Linie” im Kampf gegen den Terrorismus zu verfolgen.<sup>74</sup>

Was aber *erklärt* den Wahrnehmungsunterschied zwischen den USA und ihren europäischen Verbündeten? Auch hier könnten, neben internationalen und innenpolitischen Strukturen, soziale Normen und Werte eine Erklärung bieten. Denn in der amerikanischen Konzeption von Politik hat der Staat einen Wert an sich und gilt unabhängig von seiner Legitimität als schützenswert;<sup>75</sup> in der europäischen Tradition dagegen wird stärker die Beziehung von Staat und Gesellschaft betont und die Rechtmäßigkeit des ersten von der Zustimmung der zweiten abhängig gemacht. Hinzu kommt, dass in den USA ein kulturell verwurzelt Bekenntnis zu internationalen Normen fehlt, wohingegen in Europa die Vorstellung einer internationalen Gesellschaft im Sinne einer durch Normen verregelten Gemeinschaft weiter verbreitet ist. Dies könnte erklären, warum die USA eher als die Europäer geneigt sind, Angriffe von substaatlichen Akteuren auf Staaten (z.B. der PKK auf staatliche Einrichtungen der Türkei) als Terrorismus zu bezeichnen, und schneller

<sup>71</sup> U.S.-EU Statement of Shared Objectives and Close Cooperation on Counterterrorism, Birmingham, 18. Mai 1998, in: Terrorism. Documents of International and Local Control, Vol. 5, hg. von Yonah Alexander / Donald J. Musch, New York, S. 11.

<sup>72</sup> Jonathan R. White (Fn. 36), S. 269.

<sup>73</sup> Vgl. Olivier Minkwitz, Fallstudie Terrorismus, in: Internationale Risikopolitik, hg. von Christopher Daase / Susanne Feske / Ingo Peters, i.E.

<sup>74</sup> Vgl. Bruce Hoffman, Is Europe Soft on Terrorism?, in: Foreign Policy, 115 (1999), S. 62.

<sup>75</sup> Vgl. D. Michael Shafer, Deadly Paradigms. The Failure of U.S. Counterinsurgency Policy, Princeton 1988.

dazu tendieren, einen Staat als Initiator oder Förderer zu sehen, der hinter diesen Terrorakten steht (z.B. den Irak hinter den türkischen Kurden). Es könnte aber auch erklären, warum es den USA in weit geringerem Maße als den Europäern darum geht, im Rahmen multilateraler Institutionen die Anti-terrorpolitik zu koordinieren als unilateral ihren Überzeugungen auch militärisch Nachdruck zu verleihen.

## 5. Schluss: Sozialwissenschaft und *Neuer* Terrorismus

Im Grunde sind wir mit dieser Argumentation wieder am Anfang der Überlegungen angelangt, denn es zeigt sich, dass das Problem der Gegenstrategien zum großen Teil ein Problem der Definition von "Terrorismus" ist. Je nachdem, wie das Phänomen konzeptionell gefasst wird, werden bestimmte Strategien möglich und andere ausgeschlossen. Es zeigt sich darüber hinaus, dass eine säuberliche Trennung der Diskurse in akademische, politische, öffentliche und subversive, wie sie Alex Schmid vorschlägt,<sup>76</sup> nicht möglich ist. Folglich trägt jede Definition, jede Beschäftigung mit diesem Thema auch zur politischen Wahrnehmung des Terrorismus bei.

Wie unter einem Brennglas versammeln sich die Probleme sozialwissenschaftlicher Terrorismusforschung auch in der Diskussion um den "Neuen Terrorismus", die seit dem Ende des Kalten Krieges geführt wird. Dieser Neue Terrorismus unterscheidet sich, so wird behauptet, vom alten Terrorismus in seinen Zielen, seinen Methoden und seinen Organisationsformen.<sup>77</sup> Ich will abschließend diese Behauptungen nicht umfassend diskutieren, sondern auf einige Probleme hinweisen, die eine verstärkte sozialwissenschaftliche Aufmerksamkeit erfordern.

Während man sich im Westen an den alten Terrorismus mit seinen politischen Zielen der Revolution, der nationalen Befreiung und der Sezession gewöhnt hat, so Walter Laqueur, ist ein neuer Terrorismus entstanden, der die Welt transformieren will. Dieser folgt nicht mehr den Idealen der Moderne und ist nicht mehr in den Kategorien von links und rechts zu fassen, sondern er ist "postmodern" und zielt auf die Apokalypse.<sup>78</sup> In diesem Sinne sind in den letzten Jahren nicht nur die Anschläge der Aum-Sekte in Japan, sondern auch die Terrorakte rechtsradikaler Milizen in den USA gedeutet

<sup>76</sup> Vgl. Alex P. Schmid, *The Response Problem as a Definition Problem*, in: Alex P. Schmid / Ronald D. Crelinsten (Fn. 67), S. 7-13, S. 7. Schmid verwendet allerdings etwas andere Termini.

<sup>77</sup> Vgl. Ian Lesser / Bruce Hoffman / John Arquilla / David Ronfeldt / Michele Zanini, *Countering the New Terrorism*, Washington 1999.

<sup>78</sup> Walter Laqueur, *Postmodern Terrorism*, *Foreign Affairs*, 75 (1996) 5, S. 24-36; ders., *The New Terrorism: Fanaticism and the Arms of Mass Destruction*, Oxford 1999.

worden, die vom christlichen Fundamentalismus zumindest beeinflusst sind.<sup>79</sup> Schließlich ist auch der "islamische Fundamentalismus", wie er sich in der Hisbollah im Libanon, der Hamas und der Jihad-Bewegung in Israel sowie anderen radikalen islamischen Gruppen in Ägypten und Algerien zeigt, zu dieser neuen Form des Terrorismus gezählt worden. Es fragt sich jedoch, ob man die Ziele dieser Gruppen soweit auf einen Nenner bringen kann, dass die Bezeichnung "Neuer Terrorismus" mehr ist als eine Sammelkategorie. Bisher scheint dieser Begriff nur einmal mehr die (Auto-)Suggestion zu sein, es handle sich bei den beschriebenen Phänomenen um verschiedene Ausprägungen eines einzigen Phänomens.

Das am heftigsten diskutierte Thema in diesem Zusammenhang ist die Frage, ob die Neuen Terroristen sich Massenvernichtungswaffen verschaffen können. Der Giftgas-Anschlag in der Tokioter U-Bahn 1995 dient dabei als Beweis nicht nur für die Absicht, sondern auch für die Möglichkeit eines terroristischen Großangriffs.<sup>80</sup> Dabei wird häufig kaum noch ein Unterschied zwischen chemischen, biologischen und nuklearen Waffen gemacht, obwohl ihre Herstellung und Handhabung vollkommen unterschiedliche Anforderungen stellt. Obwohl die Gefahr eines Nuklearterrorismus seit mehr als fünfundzwanzig Jahren diskutiert wird und zum Beispiel von Brian Jenkins als möglich, aber unwahrscheinlich eingeschätzt wird,<sup>81</sup> und obwohl Terrororganisationen historisch nur selten zu solchen Waffen gegriffen haben, wird das Bewusstsein dieser Gefahr wachgehalten.<sup>82</sup> Empirische Belege fehlen bislang, doch lässt sich ein Restrisiko nicht widerlegen.

Während schließlich der alte Terrorismus von klar identifizierbaren Organisationen wie der Roten Armee Fraktion, den Roten Brigaden, der IRA oder der ETA betrieben wurde, ist der Neue Terrorismus, so heißt es, ohne organisatorische Struktur. Er sei gleichzeitig atomistisch und transnational; denn einerseits agierten die Terroristen zunehmend unabhängig von zentralen Autoritätsstrukturen, und andererseits gebe es verstärkt ein transnationales Netzwerk. Auch für diese These des transnationalen Terrorismus ist es schwierig, unabhängige Informationen zu erhalten. Die Geheimdienstberichte, auf die sich ein Großteil der Literatur beruft, ist alles andere als eindeutig und im übrigen kaum als unabhängige Quelle zu bezeichnen. (Aber was sind schon "unabhängige Quellen" in der Terrorismusforschung?)

<sup>79</sup> Robert J. Lifton, *Destroying the World to Save It: Aum Shinrikyo, Apocalyptic Violence, and the New Global Terrorism*, New York 1999; Michael Barkun, *Religion, Militias and Oklahoma City: The Mind of Conspirationalists*, in: *Terrorism and Political Violence*, 8 (1996) 1, S. 50-64.

<sup>80</sup> Vgl. Richard A. Falkenrath / Robert D. Newman / Bradley A. Thayer, *America's Achilles Heel*, Cambridge 1998.

<sup>81</sup> Vgl. Brian Jenkins, *Will Terrorists Go Nuclear?* Santa Monica 1975.

<sup>82</sup> Vgl. vor allem Jessica Stern, *The Ultimate Terrorists*, Cambridge 1999.

Nach Meinung von Martha Crenshaw wirft "das Fehlen empirischer Evidenz für viele Behauptungen über den ‚neuen‘ Terrorismus, insbesondere die Wahrscheinlichkeit des Gebrauchs von Massenvernichtungswaffen, weitere Fragen auf".<sup>83</sup> Diesen kann hier nicht mehr nachgegangen werden. Wichtig ist aber darauf hinzuweisen, dass die Probleme der Begriffs- und der Theoriebildung, die sich auch in der Diskussion um den *Neuen* Terrorismus zeigen, nicht allein in der Widerspenstigkeit des Gegenstandes, sondern auch in den spezifischen Bedingungen der Terrorismusdebatte liegen. Hier die Standards redlicher Wissenschaft hochzuhalten und einen rationalen Diskurs zu ermöglichen, ist die Aufgabe sozialwissenschaftlicher Forschung.

<sup>83</sup> Martha Crenshaw, *The Psychology of Terrorism: An Agenda for the 21st Century*, in: *Political Psychology*, 21 (2000) 2, S. 405-420, S. 415.